

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 16/6460 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) vom 20. Dezember 2001, 1413 (2002) vom 23. Mai 2002, 1444 (2002) vom 27. November 2002, 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003, 1563 (2004) vom 17. September 2004, 1623 (2005) vom 13. September 2005, 1707 (2006) vom 12. September 2006 und 1776 (2007) vom 19. September 2007 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

A. Problem

Stabilisierung und Wiederaufbau Afghanistans schreiten trotz Rückschlägen weiter voran. Die Entwicklung der Sicherheitslage gibt jedoch weiterhin Anlass zur Sorge. Die andauernde Bedrohung des Landes durch militante regierungsfeindliche Kräfte und durch die organisierte Kriminalität dauert an; ihre Bekämpfung erfordert nach wie vor die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

Der Unterstützung Afghanistans bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit dient der Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO, deren Mandat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit Resolution 1776 (2007) vom 19. September 2007 um ein Jahr verlängert hat. Gemäß diesem Beschluss soll ISAF weiterhin dazu beizutragen, dass die afghanischen Staatsorgane, das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal in einem sicheren Umfeld arbeiten können. ISAF unterstützt im Übrigen die Entwaffnung illegaler Milizen und den Aufbau funktionsfähiger afghanischer Streitkräfte und fördert die zivil-militärische Zusammenarbeit.

Die Stabilisierung des gesamten Landes setzt voraus, dass es ISAF gelingt, landesweit die Sicherheitslage zu verbessern. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat deshalb mit Resolution 1510 (2003) vom 13. Oktober 2003 der Ausweitung des ISAF-Mandats auf das gesamte afghanische Staatsgebiet zugestimmt. Mit der Übernahme der Verantwortung für die Ostregion hat ISAF am 5. Oktober 2006 diese Resolution vollständig umgesetzt und den Stabilisierungsauftrag für ganz Afghanistan übernommen. Die Wahrnehmung dieses Auf-

trags setzt eine enge Abstimmung mit der Operation Enduring Freedom (OEF) voraus. Die einschlägigen Einsatzregeln für ISAF und OEF sind entsprechend angepasst worden.

Im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes, der vom NATO-Gipfel in Riga im November 2006 bestätigt wurde und im Afghanistan-Konzept der Bundesregierung vom September 2007 seinen Niederschlag gefunden hat, trägt Deutschland maßgeblich zum Erfolg von ISAF bei, insbesondere durch die Führung des Regionalkommandos Nord, die Übernahme der Verantwortung für die gesamte Nordregion einschließlich der Provincial Reconstruction Teams (PRTs) in Kundus und Faisabad und die Entsendung von Flugzeugen des Typs Tornado Recce, die für die Erfüllung des ISAF-Auftrags von zentraler Bedeutung ist und von ISAF entsprechend gewürdigt wird. Die Aufklärungsflugzeuge dienen dem Schutz der ISAF-Soldaten – und damit auch unmittelbar der deutschen Soldaten – wie auch der zivilen Helfer und der afghanischen Bevölkerung. Sie werden ausschließlich zur Luftaufklärung, nicht zur Luftnahunterstützung (Close Air Support) eingesetzt.

Die Bundesregierung ist bereit, entsprechend einer Bitte der Regierung Afghanistans und der Vereinten Nationen im Rahmen der internationalen Gemeinschaft und der NATO weiterhin einen substanziellen Beitrag zum Wiederaufbau Afghanistans zu leisten. Sie hat daher am 19. September 2007 beschlossen, die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an ISAF über den 13. Oktober 2007 hinaus für weitere zwölf Monate fortzusetzen. Dabei sollen alle deutschen Beiträge im Rahmen von ISAF einschließlich des Einsatzes der Aufklärungsflugzeuge Tornado Recce künftig in einem Bundestagsmandat zusammengefasst werden, um so die deutschen ISAF-Kräfte im Rahmen der vorgesehenen Obergrenze flexibler einsetzen zu können. Dies soll auch der Unterstützung beim Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte zugute kommen, der für die Stabilisierung des Landes von besonderer Bedeutung ist. Die Bundesregierung beabsichtigt, ihre Anstrengungen in diesem Bereich zu verstärken.

Die Bundesregierung hat zugesagt, im Rahmen ihrer regelmäßigen Unterrichtung über die Auslandseinsätze der Bundeswehr den Deutschen Bundestag auch weiterhin unverzüglich über Unterstützungsleistungen außerhalb des Schwerpunktgebietes in der Nordregion zu informieren.

B. Lösung

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Die Abgeordneten Willy Wimmer (Neuss) und Dr. Peter Gauweiler, beide Fraktion der CDU/CSU, haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/6460 anzunehmen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Eckart von Klaeden
Berichterstatter

Detlef Dzembitzki
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Eckart von Klaeden, Detlef Dzembritzki, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/6460** in seiner 115. Sitzung am 20. September 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Haushaltsausschuss gemäß § 96 GO-BT überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei je einer Stimmenthaltung aus den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und gegen eine Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und einer Stimme aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 10. Oktober

2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

III. Beratung im federführenden Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 10. Oktober 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme. Die Abgeordneten Willy Wimmer (Neuss) und Dr. Peter Gauweiler, beide Fraktion der CDU/CSU, haben sich nicht an der Abstimmung beteiligt.

IV. Beratung im Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GO-BT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Eckart von Klaeden
Berichtersteller

Detlef Dzembritzki
Berichtersteller

Dr. Werner Hoyer
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin